Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 9 (1987)
Heft: 33

Artikel: Das Jahr 1 nach Tschernobyl
Autor: Scheer, Jens
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653006

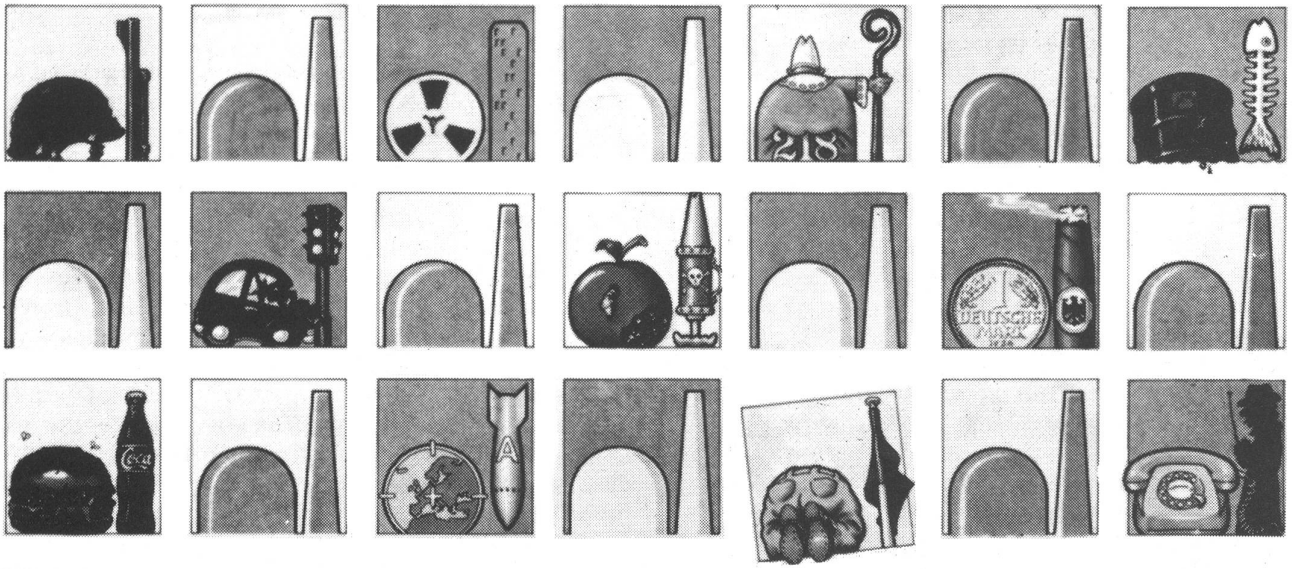
Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Das Jahr 1 nach Tschernobyl

Meldungen im letzten Monat über erhöhte Strahlung im März, über Leckagen am französischen Schnellen Brüter »Super Phénix« und über Austritt von Uranhexaflourid in der Anreicherungsanlage »Pierrelatte« haben einmal mehr deutlich gemacht, daß ein Jahr nach Tschernobyl die Atomzeit keineswegs abgelaufen ist.
Wir haben Jens Scheer gebeten, dieses »Jahr 1« nach Tschernobyl aus seiner Sicht zu kommentieren und politisch zu werten.

von Jens Scheer

»Natürlich passiert früher oder später ein schwerer Unfall in einem Kernkraftwerk. Wir können nur hoffen, daß er so lange auf sich warten läßt, bis die Kernenergie in der Weltwirtschaft so verankert ist, daß die Menschheit nicht mehr zurückkann.« Der englische Reaktorsicherheitsexperte Farmer in den 60er Jahren.[1]

Ein Jahr nach der Katastrophe werden weiter Ursachen wie Folgen nach Kräften verschleiert. Was die Ursachen angeht, haben alle offiziellen Stellen die sowjetische Darstellung der Ereignisse übernommen. Der Reaktor lief angeblich problemlos bis zum Tage des Unfalls, dann wurde absichtlich eine Notfallsituation simuliert, um zu testen, wie weit auslaufende Turbinen noch Strom liefern, dazu wurden automatische Abschaltsignale überbrückt, die automatische Notkühlung abgeschaltet, der Reaktor in einen instabilen Bereich bei 7% seiner Leistung gebracht, von wo aus eine unkontrollierbare Leistungssteigerung passierte, die zur Überhitzung, zu Leckagen, Explosionen und Brand führte.

Tenor des Ganzen: Die Technik war und ist im wesentlichen in Ordnung, nur die Menschen haben falsch gehandelt, und dem kann man durch Strafmaßnahmen, bessere Schulung etc. entgegentreten, und im übrigen weitermachen wie bisher. Nun ist die These von menschlicher Schuld nicht unplausibel, denkt man daran, daß in Harrisburg (TMI) die Notkühlung von Hand abgeschaltet wurde, daß – schlimmer noch – in Brunsbüttel routinemäßig gewisse automatische Abschaltsignale kurzgeschlossen wurden. Die These gibt nur nicht die volle Wahrheit wieder. Denn es gibt eine Möglichkeit, den Betreibern auf die Schliche zu kommen, wie Kirchner und Noack vorgeführt haben. Das Verhältnis der Aktivität von gewissen Isotopen verschiedener Halbwertzeiten, wie Tellur 129/132, zu einem gegebenen Zeitpunkt ist nämlich bestimmt durch den Leistungsverlauf des Reaktors in den davorliegenden Wochen. Man kann berechnen, wie lange es her war, daß die Aktivitäten in nennenswerter Weise durch den Reaktorbetrieb produziert wurden. Kirchner und Noack[2] zeigen nun, daß der Reaktor schon etwa 5 - 6 Tage vor dem Unfalldatum, als er angeblich problemlos auf Vollast fuhr, in Wahrheit auf höchstens wenigen Prozent seiner Leistung dahinkrebste, daß die Betreiber also schon lange Zeit mit einer wirklichen und keiner simulierten Notfallsituation kämpften, als der Reaktor ihnen außer Kontrolle geriet.

Was sich da wirklich abspielte, wissen wir nicht, es muß den Verantwortlichen so peinlich sein, daß es mit eisernem Schweigen verhüllt wird. Man kann also nur vermuten, daß technische Probleme auftraten, die bei Bekanntwerden zur Abschaltung aller anderen AKW führen würden, und da hat jede »Glasnost« ihre Grenze.

Auffällig ist, daß in der Flut westlicher Analysen die von Kirchner und Noack durchgeführte Untersuchung nirgendwo auftaucht, obwohl sie auch vor der Veröffentlichung hinreichend bekannt war, daß amerikanische Satellitenaufnahmen, die eine Katastrophensituation viele Tage vor dem angeblichen Unfallbeginn zeigen, nicht weiter verwertet wurden. Das zeigt, wie sehr die Version von den fehlbaren Menschen und der fehlerlosen Technik den Verteidigern der Atomenergie weltweit gelegen kam.

Dies um so mehr, weil die in den ersten Tagen so schnell herausgeschossene These vom sowjetischen »Blechbüchsenreaktor« sich sehr bald nicht mehr halten ließ. Es wurde klar, daß die Sicherheitsvorkehrungen jedenfalls bei diesem sowjetischen Reaktortyp den im Westen üblichen durchaus gleichwertig waren. Was

übrigens nicht für die sowjetischen Kesselreaktoren WWER 440 gilt, die vor allem im Comecon-Bereich verbreitet sind, und die zusammen mit den englischen Magnox-Reaktoren das Schlußlicht im internationalen Vergleich bilden (bei dem es andererseits keine sicherheitstechnischen Spitzenreiter gibt, wie eine von Greenpeace organisierte Studie gezeigt hat).[3]

Es bleibt der verheerende Eindruck, daß, wie auch immer begründet, ein Unfall passiert war, der weit über das hinausging, was von den hochkarätigsten Experten für praktisch möglich gehalten worden war.

Verteidigungslinien

Die nächste Verteidigungslinie, die vor allem in der BRD für einige Wochen durchgehalten wurde, lautete dagegen: In unseren AKW kann schlimmstenfalls Tod und Teufel passieren, die Öffentlichkeit merkt davon nichts, weil wegen unseres Sicherheitseinschlusses (Containment) sich alles drinnen abspielt und keine Radioaktivität nach draußen gelangt.

Als dann jemand wie Klaus Traube, der es wissen mußte, darauf hinwies, daß das Containment für sehr begrenzte milde Unfallabläufe konzipiert worden war, und die ihm nun nachträglich zugedichtete Schutzfunktion keineswegs haben könnte, war die nächste, noch heute geltende Verteidigungslinie: Das Containment kann in der Tat versagen, aber garantiert erst mit so großer Verzögerung, daß man die gefährdete Bevölkerung evakuieren kann. Die Haltlosigkeit dieser These wird nicht erst durch das berühmte TÜV-Gutachten zu den Siedewasserreaktoren bei Hamburg deutlich, das Warnzeiten von drei Stunden errechnete. Doch auch dies hängt an dem offiziellen Dogma, daß ein vorzeitiges Versagen des Containment ausgeschlossen sein soll.

Es wird nur ein wiederum relativ milder Unfallablauf betrachtet – Kühlung versagt, Wasser läuft aus, der Reaktorkern schmilzt, fällt ins Wasser, dessen Temperatur und der Druck im Containment steigen langsam an und erreicht irgendwann den Versagensdruck von 9 Atü (den noch keiner getestet hat!). Dann soll man durch das ominöse Wallmann-Ventil im Containment kurz vorher den Druck kontrolliert ablassen, wenn der Wind z.B. von Krümmel oder Stade aus nicht gerade auf Hamburg, sondern beispielsweise nach Lübeck oder Bremen zielt.

Ein promptes Versagen des Containments, sei es durch Bersten des Druckkessels, durch Knallgas oder Wasserdampfexplosion, wird weiterhin tabuisiert. Dabei wird gerade die letztere Möglichkeit in den USA als eine der wichtigsten Konsequenzen aus Tschernobyl diskutiert, und die erste ist wegen der Versprödung des Stahlkessels durch Neutronenbeschuß als eine reale Gefahr erkannt.

Das zeigen die von der KWU selbst durchgeführten Messungen vor allem an den Wärmeeinflußzonen im AKW Stade, das sind die besonders gefährdeten Streifen zu beiden Seiten von Schweißnähten, die nachträglich nur mit äußerst unseriösen Methoden wegdiskutiert werden.[4]

In diesem AKW ist die offiziell als zulässig angesehene Neutronenbelastung des Stahlbehälters bereits eingetreten; die vom TÜV garantierte Betriebssicherheit bis zum Jahre 2012 wird nur dadurch formal erreicht, daß dieser zulässige Grenzwert willkürlich um 70% angehoben wurde.

Damit nicht genug: Die z.Zt. eingetretene Neutronenbelastung kann nicht direkt am Druckbehälter gemessen werden, man berechnet sie aus sogenannten vorlaufenden Materialproben, die im Innern des Reaktors angebracht werden. Nachträgliche Vergleichsmessungen am Behälter des stillgelegten AKW Gundremmingen führten jedoch zu dem aufregenden Ergebnis, daß diese allgemein angewandte Methode die wirkliche Gefährdung noch unterschätzt!

Die Folgen eines solchen AKW-Unfalls in der BRD werden schlimmer noch als nach Tschernobyl sein: sofortige Freisetzung der Radioaktivität, größere Konzentration in Bodennähe, da sie kein in höhere Luftschichten reichender Feuersturm über ganz Europa verteilt, größere Bevölkerungsdichte.

Zur Beruhigung der Öffentlichkeit leistete sich Wallmann einen besonders dreisten Ettikettenschwindel: Von der Expertenkommission der Internationalen Atomenergiebehörde, die auf Einladung der Bundesregierung die AKW Philippsburg, Biblis und Krümmel überprüft, heißt es, sie kontrollierten die Sicherheit der Anlage. Wie mir der Leiter der Kommission, Solymossy, sagte, haben sie dafür in Wahrheit weder Fachkompetenz noch Auftrag. Es geht lediglich um Betriebsorganisation und Dienstvorschriften, und selbst zu diesem eingeschränkten Bereich bemerkte er, es gäbe nur sehr oberflächliche Anweisungen für Unfälle jenseits des von der Auslegung her »Erlaubten«. Mit anderen Worten, selbst auf die Situation der verzögerten Freisetzung ist die Betriebsmannschaft praktisch nicht vorbereitet.

Verwirrspiele

Ähnlich intensiv waren die Bemühungen, die Folgen der Katastrophe zu verhüllen. Kurz nach dem Unfall erging in der BRD die Weisung an die offiziellen Meßlabors, außer über das kurzlebige Jod 131 keine Daten zu veröffentlichen. Das konnte, was Cäsium 137 und die anderen Gammastrahler anging, nicht mehr durchgehalten werden, als unabhängige Labors ihre Befunde über die langlebige Verseuchung dadurch veröffentlichten.

Da unabhängige Daten über das schwieriger nachzuweisende, wenn auch radiologisch gefährlichere Strontium 90 bisher nur selten vorliegen, funktioniert hier das Verschweigen und Verfälschen noch immer. Weiterhin wird aufgrund weniger Messungen aus Süddeutschland behauptet, die Aktivität des Sr 90 sei nur wenige Prozent des Cs 137, obwohl längst bekannt ist, daß zumindest in Norddeutschland dieser Wert bis 10% und darüber reicht, und damit das Strontium das Cäsium an Gefährlichkeit noch übertrifft. Während zu Recht große Aufregung über Cäsium in Molkepulver herrscht, weist kaum jemand darauf hin, daß das zugehörige Strontium längst über die davon abgetrennten Milchprodukte in unseren Lebensmitteln steckt.

Entsprechend vielfältig sind die Angaben über die durch die Katastrophe bewirkten Strahlendosen. Während die offiziellen Strahlenschützer die Werte herabrechnen und zudem durch Vergleich mit der Hintergrundstrahlung zu verharmlosen suchen, gewinnt Hinrichsen vom Meteorologischen Institut Hamburg aus Meßwerten des Deutschen Wetterdienstes mit offiziellen Berechnungsprogrammen eine mittlere Gesamtbelastung für jeden Einwohner in der BRD von 0,6 Rem.[5] Daraus errechnen sich Erfahrungswerte über Strahlenkrebserzeugung, die international nicht mehr ernstlich bezweifelt werden, etwa 40 000 Menschen, die in den nächsten Jahrzehnten zusätzlich an Krebs sterben werden. Berücksichtigt man die Erfahrung an Atomarbeitern, daß bei chronischer Belastung die Wirkung noch siebenmal schlimmer sein kann, kommt man zu Zahlen von Krebstoten, die in die Hunderttausende gehen.

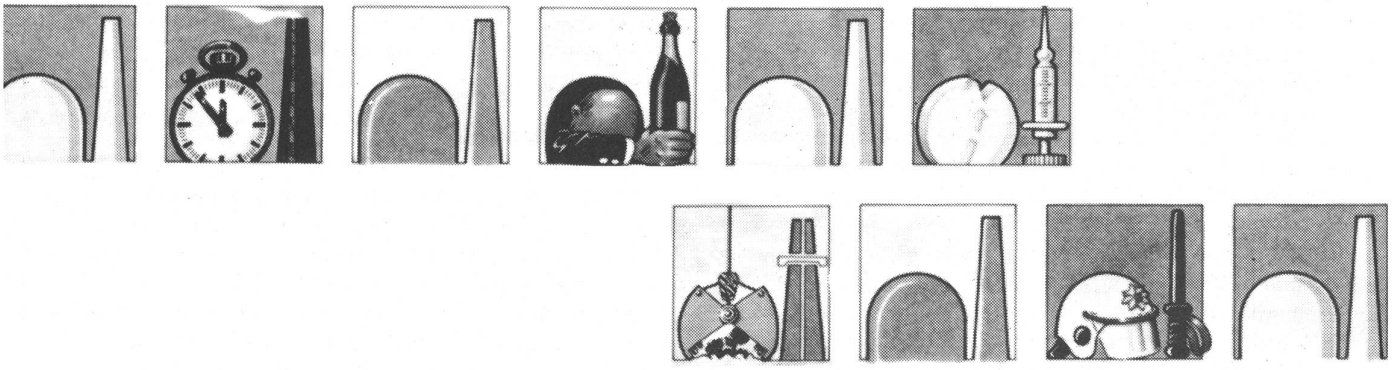
Auch damit nicht genug: Eine vergleichbare Zahl von Todesfällen anderer Ursache ist zu erwarten, die durch die radioaktive Strahlung zusätzlich bewirkt werden, da diese z.B. das Immun-

system schwächt und damit die Anfälligkeit gegenüber Krankheiten erhöht.[6]

Ein gerüttelt Maß Schuld an den bei uns zu befürchtenden Todesopfern haben die offiziellen Stellen in der BRD, die durch ihre Verharmlosung zahllose Menschen davon abhielten, sich um strahlenarme Nahrung zu bemühen. Das bedeutete nach Hinrichsen[5], daß im Jahr 1986 die Belastung dadurch 3-4mal höher war als notwendig. Würde man nur eine sorgfältig durchgeführte epidemiologische Erhebung durchführen, kämen diese Tatsachen ohne Zweifel ans Licht, ebenso wie die Tatsache, daß 80% der Krebsfälle bei Kindern durch Radioaktivität (Fallout und natürliche Strahler) bewirkt wurden,[7] oder daß sich bei Harrisburg die Krebsrate verfünffacht hat, und zahlreiche andere gesundheitliche Anomalien auftreten.[8] Jedoch ganz im Gegenteil: Die Hinweise auf Erbschäden bei Menschen und Tieren, die sich neun Monate nach Tschernobyl häufen, werden von offiziellen Stellen geleugnet, zensiert und unterdrückt. Um so wichtiger sind eigenständige Erhebungen.[9]

nicht weniger als 599 AKW-Standorte ausgelotet wurden, von denen heute gerade 20 realisiert wurden! Aber Produkte, die im eigenen Land nicht betrieben werden, verkauften sich schlecht, mithin seien die Atomanlagen der BRD im wesentlichen so etwas wie Schaufenster für das Flaggschiff des bundesdeutschen Technikexports. Wenn nun im Gefolge von Tschernobyl der schon lange dahinsiechende Exportmarkt endgültig zusammenbricht, so verschwindet die einzige wesentliche raison d'être, der einzige wesentliche Lebenszweck des westdeutschen Atomprogramms, es erweist sich als Koloß auf tönernen Füßen, der nur durch staatliche Hilfsgerüste aufrechterhalten wird. (Die Perspektive eigener Atomwaffen ist gewiß eine wichtige, aber nicht entscheidende Triebkraft des Atomprogramms, zumal in Hanau schon heute Stoff für zahllose Atombomben lagert.)

In dieser allgemeinen Situation fühlte die BRD-Regierung nach Tschernobyl in Sachen Atomenergie den Boden unter den Füßen wanken. Als ihr dann sowohl bei Brokdorf wie bei Wackersdorf die so häufig erfolgreiche Spaltung entlang der traditionellen Li-



Bedenkt man, daß das Gesagte für die relativ schwach belastete BRD gilt, und verwendet die relativ spärlichen Belastungsdaten u.a. aus Osteuropa, kommt man zu Gesamtzahlen von Opfern in Millionenhöhe. Damit ist Tschernobyl mit großem Abstand die schlimmste zivile Katastrophe der Menschheit, ein wahrhafter Wendepunkt, von dem zu hoffen ist, daß er das Ende des Atomzeitalters markiert, bevor er nicht durch noch schwerere Atomkatastrophen übertroffen wird.

Strategisch am Ende

Das Entsetzen über die buchstäblich hautnah erlebte Radioaktivität aus einem viele tausend Kilometer entfernten AKW und über die offensichtlichen Irrtümer aller Experten, die so etwas für praktisch unmöglich erklärt hatten, führten weltweit zu einem schlagartigen Meinungsumschwung über Atomenergie. Eine Reihe von Ländern, vor allem in der Dritten Welt, aber auch Schweden, Holland, Dänemark und Österreich, trug dem Rechnung, indem ihre Atomprogramme endgültig beerdigt, drastisch reduziert oder ihre Beendigung stark beschleunigt wurden. Dagegen sind es neben der so schwer getroffenen Sowjetunion selbst (was besonders erbittern muß) vor allem Frankreich und die BRD, die ihre Pläne ungerührt und mit noch mehr Einsatz staatlicher Gewalt durchsetzen wollen.

Frewer vom KWU-Vorstand erklärte schon Mitte der 70er Jahre auf Fachtagungen: Natürlich sprächen für Kernenergie in der BRD eigentlich weder Energiebedarf, noch Ressourcen, noch Preise, und 80% der Produktionskapazität der KWU sei ohnehin für den Export gedacht, und das zu einer Zeit, da für die BRD

nien nicht mehr gelang, schlug sie mit aller Polizeigewalt blindwütig ein auf alles was sich bewegte, aber rief vielfach eben dadurch erst recht Solidaritätsbekundungen, wie nach dem Hamburger Kessel, hervor. Auch die Oberpfälzer Oma, die in ihrer Handtasche den Kämpfern am Zaun Steine zuträgt, war den Herrschenden ein Menetekel; daß sich Mastensprenger vielfach wie Fische im Wasser in der Bevölkerung bewegen, ein anderes. Darum werden die neuen Terrorgesetze speziell auf Aktionen von Atomkraftgegner/innen gemünzt.

Dennoch ist festzustellen, daß auch unsere Offensive ins Stocken kam, der staatliche Terror seine Wirkung zeigte, Spaltungen und Distanzierungen wieder um sich griffen. Taktisch ist der Gegner wahrlich ernstzunehmen; strategisch langfristig ist die Gegenseite im Abstieg begriffen, ist das Ende der Atomenergienutzung unausweichlich.

Politische Chance verpaßt

In diesem Kampf sind die Parteien nach wie vor keine verläßliche Stütze, im Gegenteil: Die SPD faßte zwar Beschlüsse, die Stimmen von AKW-Gegner/innen einfangen sollten, aber die Formen vom »Ausstieg in zehn Jahren« (wenn eine große Zahl der heute nur eingemotteten Kohlekraftwerke abgebrochen sein werden) und »im Konsens mit **allen** gesellschaftlichen Kräften« (also auch der Atomindustrie) heißt im Grunde, daß sich in Hinsicht auf das nach der Wende und lange vor Tschernobyl konzipierte »kleine« Atomprogramm der SPD im Grunde nichts geändert hat: Das Leichtwasser- und Hochtemperaturreaktoren-Programm soll weiterlaufen, nur die ökonomisch besonders schweren Klötze am

Bein– Schneller Brüter und WAA – sollen abgestoßen werden. Konsequenterweise nichts gegen AKW in SPD-Ländern: Biblis in Hessen, Würgassen und Hamm in NRW, ebensowenig gegen das Zwischenlager Ahaus und die Gronauer Urananreicherungsanlage in demselben Land.

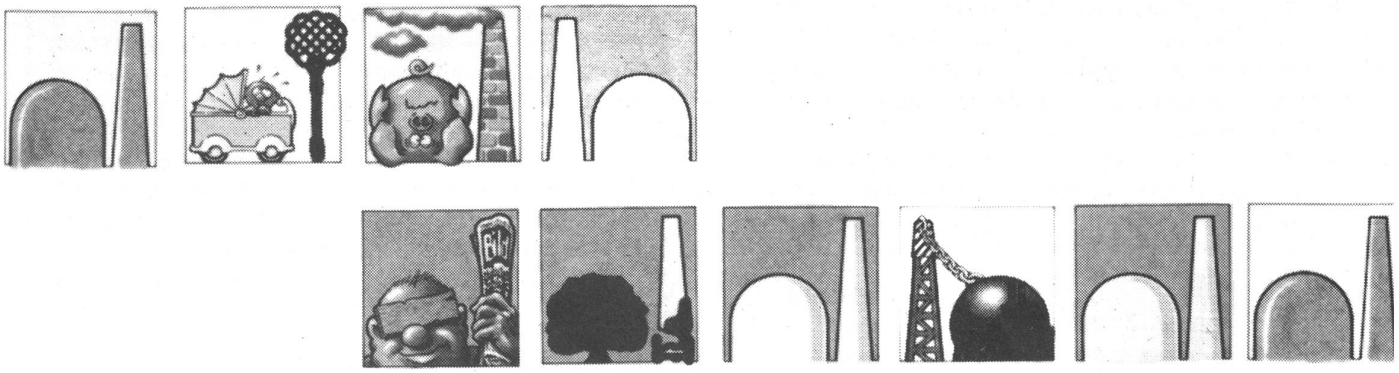
Und selbst gegen die Schrott- und Pfuschreaktoren wie Stade und Brokdorf oder die Drei-Stunden-Alarmreaktoren Brunsbüttel und Krümmel klagt weder der Hamburger noch der Bremer SPD-Senat, vom Hanau- Skandal zu schweigen, wo die SPD lieber die Regierung aufgab, als diesen Kurs zu ändern. Die hessischen Grünen unterscheiden sich, was den Weiterbetrieb von Reaktoren angeht, kaum von ihren Koalitionspartnern. Schwerer noch wiegt, wenn die bayerischen Grünen im Interesse ihrer Landtagswahlchancen sich von der Oktober-Demo der Bürgerinitiativen distanzieren, noch schlimmer ist, daß, von Ausnahmen abgesehen, die Grüne Partei immer wieder ihren Beitrag zur Schwächung und Spaltung der Bewegung leistet, die sich doch gerade zusammengefunden hatten mit der Losung, sich nicht spalten zu lassen an der Frage der Widerstandsform. Grüne und SPD werden dann nur so weit wirklich etwas für Stillegung aller Atomanlagen tun, wie sie hoffen können, das als Erfolg in ihre politischen Scheuern einfahren zu können; auch von dem Übel AKW uns zu erlösen, das können wir nur selber tun.

Aber wie? – Wir müssen feststellen: Wir haben 1986 eine Chance verpaßt, daß aus der so verbreiteten Ablehnung der Atomenergie eine politische Kraft wurde, die die Stillegung kurzfristig erzwingt.

Mit welchen Perspektiven? – Ich meine, die Erfahrung der erfolgreich verhinderten Projekte, von Whyl über Gorleben zu den weiteren WAA-Standorten, wie auch der jahrelang verzögerten, wie Brokdorf oder Grohnde, zeigt, daß die Gegenseite dann zurückweicht, wenn der politische Preis, der in Gestalt einer ungehorsamen, illoyalen, aufsässigen Bevölkerung einer Region zu zahlen wäre, durch die politischen Vorteile der Durchsetzung der Projekte nicht aufgehoben wird.

Nun haben gerade die Erfahrungen zahlloser Menschen, wie nach Tschernobyl die Fakten von staatlichen Instanzen verschleiert, verbogen und verheimlicht wurden, einen Illoyalitätsschub bewirkt wie selten in der Geschichte der BRD. Wer die offiziellen Radioaktivitätswerte nicht mehr glaubt und sich an unabhängige Meßstellen wendet und bereit ist, sie zu finanzieren, der wird auch in anderen Fragen den Herrschenden nicht mehr unbesehen vertrauen und entsprechend handeln.

Die Bereitschaft, etwas gegen Atomenergie zu tun, ist dabei gewiß nicht, wie Zyniker behaupten, mit der Halbwertzeit des Jod 131 abgefallen, nur herrscht weitestgehend Unklarheit, wie das Ziel zu erreichen sei: Die Bemühungen, die Bundeskonferenzen in Regensburg und Nürnberg zu verhindern, sind vor allem daher zu verstehen, daß verhindert werden soll, daß die spontane Empörung von Millionen mit der Erfahrung von Zehntausenden zusammenkommen, um zu einer unwiderstehlichen politischen Kraft zu werden. Eben dies zu erreichen, den politischen Preis für den Weiterbetrieb einer jeden Atomanlage so hoch zu treiben, daß



Zu den Gründen gehört, daß die traditionellen Anti-AKW-Bürgerinitiativen nach Tschernobyl im Grunde weitergemacht haben wie bisher, daß sie es nicht geschafft haben, die zahllosen neuentstandenen Gruppen aufzunehmen, um die zunächst naheliegende Sorge um strahlungsarme Nahrung zu einer Kraft für die Stillegung aller Atomanlagen zu entwickeln. Dabei sind viele der »neuen« Gruppen insofern politisch viel weiter als die »alten«, als sie ganz selbstverständlich als Hauptpunkt die Stillegung aller laufenden Anlagen fordern. Die »alten« dagegen sind vielfach zu sehr der Tradition verhaftet, vor allem neue Projekte zu verhindern – worin ja große Erfolge erzielt wurden – aber die Anlagen, die nicht verhindert werden konnten, unbehelligt »rechts liegen lassen«.

In einer Situation, wo die Betreiber selbst kaum mehr neue Anlagen planen, sondern nur noch darauf aus sind, den Bestand zu sichern, muß damit Schluß sein; die Umorientierung »Ran an die laufenden Anlagen« beginnt nach mehreren Konferenzen allmählich die BI - Bewegung zu erfassen. Zu Recht erklärte die Bielefelder Konferenz vom März, daß die für den Jahrestag der Katastrophe geplanten Aktionen Auftakt zu langanhaltenden Kampagnen gegen alle Atomanlagen mit dem Ziel ihrer endgültigen Stillegung sein müssen.

er für die Gegenseite unbezahlbar wird, das ist die Aufgabe, die sich uns im zweiten Jahr nach Tschernobyl stellt. ♦

Anmerkungen

1 Private Mitteilung, Prof. Gofman, 1973

2 G. Kirchner, C. Noack: Calculation of the Nuclide Inventory of the Chernobyl Core at the Time of the Accident, Nature, im Druck, 1987

3 Greenpeace: International Reactor Hazard Study, 1986 (Zusammenfassung auf Deutsch erhältlich bei: Gruppe Ökologie, Immengarten 31, 3000 Hannover 1)

4 Nach Tschernobyl – Stade abschalten, Broschüre der BBA, Bremen 1987

5 K. Hinrichsen: Abschätzung der Strahlenexposition der Bevölkerung der BRD durch den Super-Gau im AKW Tschernobyl, in: Beiträge zur Diskussion, Nr. 61 (erhältlich bei Jens Scheer, Universität Bremen, Achterstraße, 2800 Bremen 33)

6 J. Scheer: How many Chernobyl Fatalities? Nature, im Druck, 1987, dort weitere Referenzen

7 A. Stewart: Radiologie-Konferenz Pisa, September 1986

8 M. u. J. Aamodt: unveröffentlichte Untersuchungen, in: Dokumente zur Diskussion (erhältlich bei J. Scheer, Univerität Bremen, Achterstraße, 2800 Bremen 33)

9 Kontaktadressen hierfür: Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) – Radioaktivitäts-Info-Stelle, Horner Str. 28, 2800 Bremen 1

Die Illustrationen zu diesem Artikel wurden einem Vierfarb-Plakat (50 cm x 70 cm) von sehStern entnommen, das für DM 8,– bei Edition sehStern, Mehringdamm 51, 1000 Berlin 61 bestellt werden kann.